



Kabul: Die junge Republik am Hindukusch wurde zur Goldmine für internationale Helfer

AFGHANISTAN

Versickernde Milliarden

Die Politik will den schnellen Erfolg beim Wiederaufbau in Afghanistan, das zum Dorado für internationale Berater und professionelle Helfer geworden ist. Sie haben sich in Kabul in bequemen Büros eingerichtet, doch ihre Arbeit fördert Schlamperei und Korruption.

Der Mann auf dem Basar an der Flower Street in Kabul trägt das traditionelle Perahan wa Tonban, das afghanische lange Hemd und die weite Baumwollhose, und, weil es kalt ist an diesem Tag, darüber einen Flanellmantel. Es ist französischer Flanell.

Ramazan Bachardoust schloss seinen Doktor der Rechtswissenschaften mit Auszeichnung in Paris ab, wo der 43-Jährige viele Jahre gelebt hat und wo er mit seinen Publikationen über die Diplomatie im südasiatischen Raum akademische Preise errang. Bachardoust war so glücklich, „wie man als Flüchtling in Paris eben sein kann“, also unglücklich, und schließlich zog es ihn wieder zurück nach Afghanistan.

Dort ernannte ihn Präsident Hamid Karzai zum Minister für Planung und damit zum Oberaufseher über die Hilfsorganisationen Afghanistans – ein nicht unwichtiger Posten, denn die Wirtschaft hier besteht vielfach aus der Tätigkeit sogenannter Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die angeblich alle für das Wohl des Landes arbeiten. Tatsächlich aber, so fand Ramazan Bachardoust heraus, gehe es vielen Organisationen um etwas ganz anderes, nämlich „um Profit“.

Für die Afghanen ist es längst eine Tatsache, dass die internationale Helfer-Szene die junge Republik am Hindukusch als eine Art Goldmine entdeckt hat und sich dort mit gutdotierten Jobs und Aufträgen in Höhe von vielen Millionen Dollar ein-

deckt. „Wo sind die Milliarden für die Afghanen?“, fragt der Chefredakteur der „Kabul Times“, Abdul H. Waleh. „Wo geht das ganze Geld der internationalen Gemeinschaft hin?“, empört sich auch das Traditionsblatt „Anis“.

Gut vier Milliarden Dollar pumpten die Geberländer bereits in das kriegsversehrte Land. Das ist abgesehen vom Irak mehr als in irgendeine andere Krisenregion. Kabul ist inzwischen voll von Ausländern, die mit teuren Allrad-angetriebenen Toyota Land Cruisern durch die Straßen preschen. Für die meisten Afghanen haben sich jedoch auch gut drei Jahre nach der Befreiung von den Taliban selbst die einfachsten Dinge kaum verbessert: Noch immer gibt es täglich nur wenige Stunden Strom, wenn

überhaupt; die Kanalisation funktioniert bis heute nicht, und Wasser fließt selbst in den besseren Gegenden nur gelegentlich aus dem Hahn. Mit wenigen Ausnahmen sind die Straßen eine Aneinanderreihung von Schlaglöchern geblieben.

Im alten Villenviertel Wazir Akbar Khan rattern dagegen Tag und Nacht die Generatoren, um Strom zu produzieren und Pumpen für die Wasserversorgung anzutreiben. Hier, wo die Helfer-Szene residiert, kostet ein Haus inzwischen durchschnittlich 8000 Dollar Miete im Monat.

Planungsminister Bachardoust wollte wissen, wofür genau die NGOs eigentlich die Hilfsgelder ausgeben, wie viel sie für ihre Mieten und Gehälter, für Autos und wie viel für ihre Projekte aufwenden. Er forderte sie auf, ihre Bücher zu öffnen. Doch dazu waren die wenigsten bereit. Gerade mal 437 von 2355 Organisationen befolgten die Bitte. Da drohte Bachardoust, etwas übereifrig, ihre Büros zu schließen.

Präsident Hamid Karzai stoppte ihn. Er wollte keinen Streit mit den NGOs und vor allem keine Konfrontation mit den Vertretern ihrer Herkunftsländer. Die planten schließlich, bis zum Jahr 2009 insgesamt über 15 Milliarden Dollar in den Wiederaufbau Afghanistans zu investieren – und zwar vielfach durch genau jene Organisationen, die sein Planungsminister gerade so scharf angegriffen hatte, darunter amerikanische, japanische und natürlich auch



TOMAS MUNTA / AP (L.); DEVILLE MARC / GAMMA / STUDIO X (R.)

Bettelnde Soldatenwitwe, Straßenverkehr in Kabul: Voll von Ausländern mit großen Wagen

Dennoch bleibt die Frage: Wohin geht das Geld in Afghanistan? Und wie viel davon erreicht wirklich die Menschen?

Afghanistan ist eines der ärmsten Länder der Welt, das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt bei knapp 200 Dollar. Ausländer verdienen hier zurzeit bestens: Hunderte internationale Beraterfirmen konkurrieren um riesige Budgets, die Zahl der aktiven Consultants wird derzeit auf mindestens 3000 geschätzt. „Plötzlich gab es mehr Berater als Fliegen und Hunde in dieser Stadt“, beobachtete ein Angehöriger der US-Botschaft, der seit über zwei Jahren in Kabul arbeitet. Gut ein Viertel der US-Hilfsgelder, so ein deutscher Diplomat, gaben die Amerikaner allein für ausländische Experten aus.

Dem Kalifornier William Strong, 67, ist es gerade gelungen, so einen 30-Millionen-Dollar-Job an Land zu ziehen. Strong macht seit Jahrzehnten die Runde an fast allen Krisenplätzen der

Welt. Jetzt residiert er mit einem Dutzend internationaler Mitarbeiter für eine Monatsmiete von 12 000 Dollar im Norden von Kabul. Für das Unternehmen Emerging Markets Group soll er im Auftrag der afghanischen Regierung das Land vermessen und Eigentumsverhältnisse klären. „Ein Riesen-Markt“ sei das hier, schwärmt Strong und klagt gleichzeitig, wie schwer es

doch sei, Leute zu finden, die „mehr am Job interessiert sind als am Geld“.

Nur fünf Minuten weiter, in einer Backsteinvilla in Wazir Akbar Khan, befindet sich das Büro der Konkurrenz: der Firma BearingPoint. Das Afghanistan-Budget des weltweit operierenden Beratungsunternehmens beläuft sich auf über 100 Millionen Dollar. Dem Kabuler BearingPoint-Chef Ed Elrahal ist es immerhin gelungen, gleich 70 Berater in der Regierung zu platzieren. Doch auch nach dreijähriger Dauerberatung durch ein Heer von Experten gibt es im Land praktisch noch immer kaum funktionierende Ministerien oder ausreichend Afghanen, die inzwischen in der Lage wären, solche aufzubauen.

Elrahals Mitarbeiter dürfen eigentlich nicht mit der Presse sprechen, und wenn, dann nur unter strenger Aufsicht. Ein Mittfünfziger aus dem Finanzministerium gibt dennoch kurz Auskunft, warum er hier ist – anonym, versteht sich. In Kabul verdiene er das gleiche Geld wie im weit gefährlicheren Irak, Tagessatz plus 50 Prozent Härte- und Gefahrenzulage. Über die Summe schweigt er: „Geschäftsgeheimnis“. Eingeweihte wissen jedoch, dass der Tageshöchstsatz der weltweit operierenden Entwicklungsbehörde USAid derzeit bei 840 Dollar liegt.

Die wenigsten Politiker in Kabul ahnten bisher, welche horrenden Beträge für ihre Berater ausgegeben werden. Die sogenannten 1000-Dollar-Men waren einfach überall, engagiert von den Geberinstitutionen wie der Weltbank oder der Asiatischen Entwicklungsbank. Vor kurzem tauchte erstmals eine Gehaltsliste auf und löste in der Regierung ein mittleres Erdbeben aus: Ein Mitarbeiter der britischen

Starthilfe für Afghanistan

Finanzmittel für den Wiederaufbau, in Mio. Dollar

Die zehn größten Geber	Zugesagt bis März 2009	
	bereits gezahlt seit Januar 2002	
USA	4436,3	5036,3
EU	804,5	1284,5
Japan	700,0	900,0
Großbritannien	497,7	850,9
Deutschland	345,5	729,5
Weltbank	437,2	642,2
ADB*	75,0	475,0
Kanada	269,7	457,2
Indien	190,0	400,0
Niederlande	207,8	285,8
Alle Geber zusammen	9870,0	13 503,2
Kredite	974,2	1854,2
Insgesamt	10 844,2	15 357,3

* Asiatische Entwicklungsbank

Quelle: Geberländer

europäische, die wichtigsten aus Deutschland und Großbritannien.

Der Neu-Politiker Bachardoust quittierte empört seinen Ministerposten, gab den Dienstwagen zurück und zog aus dem Präsidentenpalast aus. Er sagt mit französischem Akzent und voller Ärger in der Stimme: „Es ist ein korruptes System, das den Reichen zugute kommt.“

Welt. Jetzt residiert er mit einem Dutzend internationaler Mitarbeiter für eine Monatsmiete von 12 000 Dollar im Norden von Kabul. Für das Unternehmen Emerging Markets Group soll er im Auftrag der afghanischen Regierung das Land vermessen und Eigentumsverhältnisse klären. „Ein Riesen-Markt“ sei das hier, schwärmt Strong und klagt gleichzeitig, wie schwer es



Mohnfeld in Afghanistan: 87 Prozent der weltweiten Opiumproduktion

ROBERT KNOTH / PANOS

Die Macht des braunen Goldes

Kabuls Präsident Karzai will sich aus dem Griff der Drogenmafia befreien.

Der kleine Paul, Sohn der Stuttgarter Uno-Mitarbeiterin Katja M. mit derzeitigem Einsatzort Kabul, sollte im vorigen Frühsommer endlich mal einen Esel sehen. Die Mutter fuhr mit ihrem Spross in die wildzerklüftete Nordprovinz von Badakhshan. Dort hatte sie noch vor zwei Jahren inmitten von rotlila Mohnfeldern viele Esel beobachtet als Transporteure der Opiumernte.

Die Fahrt wurde für Paul eine Enttäuschung. Es gab keine Esel mehr in den Dörfern. Vor den Bauernkaten standen neue Traktoren und protzige Landrover. Nur die Mohnfelder wiegten wie früher, und ihre geschwollenen Fruchtkapseln versprachen hohe Erträge im Opium- und Heroingeschäft.

Es war ein Rekordjahr für Bauern, Händler und das Kartell der Drogenmafia. Etwa 4200 Tonnen Opium, so der Alarmruf der Uno-Weltdrogenbehörde, konnten 2004 auf den Schlafmohn-Plantagen Afghanistans geerntet werden.

Eine Groteske der Geschichte. Was die islamistischen Taliban nicht taten, schafft ausgerechnet das von den USA geförderte Afghanistan des Paschtunenfürsten Hamid Karzai – den Westen mit einer Drogenflut zu überschwemmen. Afghanistan steht heute für 87 Prozent der weltweiten Opiumproduktion und 95 Prozent des in Europa verbreiteten Heroins. Dieser Drogenhandel bringt es inzwischen auf einen Umsatz von 2,8 Milliarden Dollar jährlich.

Er sei es leid, klagte der Präsident Anfang vergangener Woche in kleinem Kreis vor Diplomaten, bei seinen Auslandsreisen „zunehmend wie ein Dro-

genbaron beargwöhnt“ zu werden. „Mit aller Macht“ wolle er jetzt gegen die Narco-Mafia vorgehen, kündigte Karzai an und rief zu einem „Heiligen Krieg gegen das Opium“ auf.

Nicht zum ersten Mal. Gleich nach seinem Amtsantritt war im Januar 2002 der Mohnanbau als „gottloses Tun“ geächtet und unter Strafe gestellt worden. Viel bewirkte das nicht. Der Gouverneur der Südprovinz Helmand etwa verlas brav Karzais Order und ließ weiterhin auf seinen eigenen Feldern Mohn anpflanzen – genauso wie der Polizeikommandeur.

In Badakhshan, einem anderen Hauptanbauggebiet, gibt es allein 18 Fabriken, in denen aus dem braunen Gold der Opiumpaste das sechsmal so teure Heroin gefertigt wird. Jeder in Badakhshan weiß, wo die Fabriken liegen. Und jeder weiß auch, welcher der regionalen Warlords sie kontrolliert.

Mullahs predigen, Drogenhandel sei gegen den Islam, und gehen anschließend zur Arbeit auf die Mohnfelder, genau wie Lehrer vor und nach dem Unterricht. Tagelöhner auf den Mohnplantagen erhalten zwölf Dollar, ein kleiner Staatsbediensteter bringt es gerade mal auf zwei.

Mohn wächst schnell, in manchen Regionen sogar zweimal pro Jahr. War der Anbau noch vor drei Jahren auf 6 der 32 Provinzen beschränkt, hat er sich inzwischen auf annähernd 200 000 Hektar in 28 Provinzen ausgebreitet – bei Paschtunen ebenso wie bei Hazaras, Usbeken und Tadschiken.

Die Narco-Mafia hat Kabuls Regenten fest im Griff, verfügt über Drähte ins Kabinett und zu den Spitzen der Ad-

ministration. Der inzwischen mit einigen Gouverneuren abgelöste Verteidigungsminister Mohammed Fahim gehörte zu diesen Kontakten und auch noch immer Usbeken-General Abdul Raschid Dostam, die übelste Erscheinung an Afghanistans Polit-Firmament.

Ein US-General, der unlängst einen Kabuler Narco-Experten um eine Liste der in den Drogenhandel verwickelten Offiziellen bat, erhielt die Antwort: „Einfacher wäre, jene aufzuschreiben, die nicht dazugehören; diese Liste ist kürzer.“

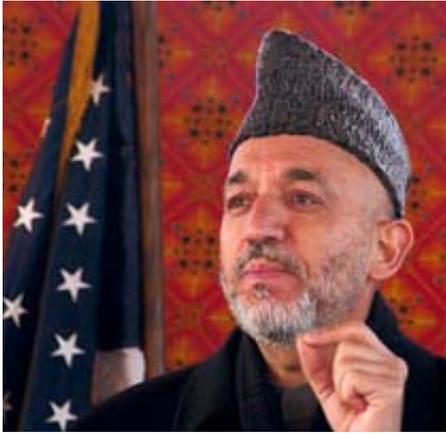
Immer wieder kommt das Gerücht hoch, selbst Angehörige aus Karzais Verwandtschaft mischten mit im Drogen-Business, darunter ein Bruder in Kandahar. Der Präsident dementiert zornig.

Den Amerikanern sind die Namen der 15 Drogenbarone, die Konten in Dubai oder Tadschikistan haben, durchaus bekannt. Doch sie alle unterhalten Verbindungen zu den Warlords, die bei der Jagd auf al-Qaida und die letzten Kohorten des einäugigen Taliban-Chefs Mullah Omar unersetzlich sind.

„Eigentlich“, räsoniert ein EU-Botschafter in Kabul, „sollten wir unsere ganze Finanzhilfe einstellen, bis Karzai das Drogenproblem unter Kontrolle hat.“ Doch das werde „wohl noch fünf bis sieben Jahre dauern“, selbst wenn es jetzt wirklich zu einem schärferen Vorgehen gegen die Narco-Mafia komme.

Die allerdings könnte selbst einen Totalverlust der diesjährigen Ernte verschmerzen. Ein verknapptes Angebot trieb die Weltmarktpreise wieder nach oben.

OLAF IHLAU



Präsident Karzai

Streit mit Geberländern vermieden

Beratungsfirma Crown Agents hatte für seinen 180-Tage-Einsatz im Koordinierungsbüro für Hilfsgelder 207 000 Dollar erhalten, inklusive Spesen, ein anderer hatte 242 000 Dollar für 241 Tage in Rechnung gestellt – ein Zehnfaches dessen, was die afghanischen Minister im Jahr verdienen.

Über hundert solcher Fachleute dienten zur Zeit der Interimsregierung allein bei Ex-Finanzminister Ashraf Ghani, der heute kaum ein gutes Haar an seinen ehemaligen Helfern lässt: Nur 10 Prozent seien „erstklassig“ gewesen, 35 Prozent „erträglich“, der Rest „absolut lausig“. Sein Nachfolger, Anwar ul-Haq Ahadi, will nun prüfen, „wer hier wirklich etwas taugt“.

Einer, der zu diesem Thema viel weiß und der in der US-Botschaft arbeitet, ist schwer anzutreffen, denn das Botschaftsgelände an der Großen-Massud-Straße im Zentrum von Kabul haben die Amerikaner mit Betonwällen und Sicherheitsschleusen abgeriegelt wie eine Festung. Mitarbeiter nennen den Gebäudekomplex ihr „Fünf-Sterne-Gefängnis“ und verlassen ihn nur ausnahmsweise. Der Mann, der nicht genannt werden will, macht eine Ausnahme.

Er gehört zu den wenigen Insidern hier, die mit den Zahlen und Details des Wiederaufbaus vertraut sind. Offiziell darf er sich nicht äußern. Denn was er zu sagen hat, passt nicht zur Erfolgsgeschichte seiner PR-Abteilung.

Vor nicht ganz einem Jahr, sagt er, habe die US-Botschaft eine Order aus Washington erhalten: „Der Auftrag hieß: Macht ein Wunder möglich. Baut Afghanistan auf, und zwar über Nacht.“ In nur drei Monaten, bis Juni 2004, sollte das Land gepflastert sein mit insgesamt 700 Kliniken und Schulen, die Elektrizitätswerke und die Wasserversorgung sollten laufen. Natürlich war das „ein verrückter Plan“, sagt heute sogar der Afghanistan-Chef der mächtigen USAid, Patrick Fine, ein erfahrener Entwicklungshelfer, der für die Amerikaner den Wiederaufbau organisierte.

Seither stünden sie alle hier unter enormem Druck, um die gewünschten Erfolgswerte zu liefern, sagt der Mann aus der Botschaft. Und das habe katastrophale Folgen: „Wir erhalten schlechte Qualität, sind viel zu teuer und ziehen die falschen Leute an, zu viele Goldgräber.“ Eigentlich müssten sie aufhören mit diesem absurden Programm, sagt er. Anstatt Schulen und Kliniken zu bauen und das Land mit Geld zuzupflastern, wäre es besser, Menschen auszubilden, die Schulen und Kliniken bauen könnten: „Denn wir hinterlassen hier nichts als Gebäude, die bald wieder zusammenfallen.“

Ingenieur Mohammed Abrar kennt sich in der Bauwirtschaft bestens aus. Er ist ein stämmiger Mann mit grauem Vollbart, ein agiler Unternehmer-Typ. In Najibs Zement Store im Stadtteil Karte Parwan ordert er Stahl und Steine für seine Baustellen. Der 50-Jährige hat tatsächlich einmal Bauwissenschaften studiert. Das ist eine Ausnahme. Die meisten „Engineers“ in Afghanistan werden einfach so genannt, weil sie irgendwann einmal etwas auf Baustellen zu tun hatten. Nach über 23 Jahren Krieg gibt

es kaum noch Fachleute, und wer einen Auftrag von den internationalen Entwicklungsorganisationen ergattern möchte, behauptet einfach, ein Experte zu sein.

Auch Ingenieur Abrar baut für die Ausländer, und er kennt die Tricks der Branche. Er sagt, es handele sich dabei um eine Art Schneeballsystem: Große Geldgeber wie die USAid vergäben die Aufträge an internationale NGOs, die reichten das Projekt dann weiter an eine afghanische NGO, und die nicht selten an noch eine und noch eine, wobei jeder zwischen 5 und 20 Prozent des jeweiligen Auftragsvolumens für sich behalte, sagt Abrar.

Die Agenturen bezahlen für eine Krankenstation derzeit zwischen 80 000 und 100 000 Dollar und bis zu 145 000 Dollar für eine Schule. Das seien durchschnittlich ein Drittel mehr als die ortsüblichen Preise, weiß Abrar. Die Bauunternehmen wiederum träten häufig als gemeinnützige Hilfsorganisationen auf, das brächte Sympathiepunkte bei den Geldgebern, und sie können dann Waren aller Art zollfrei aus dem Ausland einführen.

Abrar weist seine Mitarbeiter an, die eben erworbenen Stahlgitter auf einen kleinen Laster zu laden. Dann zuckt er die Achseln und erklärt: Am Ende würden die Bauvorhaben meist von denen ausgeführt, die am wenigsten dafür bekommen und es deshalb am schlechtesten machten. Eine Kontrolle ist fast unmöglich in einem Land, das vielerorts noch längst nicht sicher ist. Das sogenannte Monitoring überließen die Ausländer deshalb den Afghanen, und die seien fast immer selbst Teil des „Systems“.

Doch etwas Unmoralisches an dieser Abzockmaschinerie kann Abrar nicht entdecken, schließlich sei dies ein Land ohne Einkommen, und jeder müsse überleben.

Das Dorf Au Khomari liegt im Osten Afghanistans, eine Autostunde auf einer Schlammrinne hinter der Provinzhauptstadt Ghazni am Fuß des No-Bordja-Gebirges. Hier gibt es weder Strom noch TV, und die 110 Hazara-Familien, die vom Ackerbau leben, sind froh, dass sie den harten Winter mit den knappen Vorräten von Weizen, Äpfeln und getrocknetem Fleisch gerade überstanden haben.

Immerhin hat es der kleine Ort nach dem Fall der Taliban irgendwie auf die Liste der förderungswürdigen Kommunen geschafft: Die Japaner versprachen eine Mädchenschule, zweistöckig mit einem Spitzdach, die Amerikaner eine Klinik.

Was dann geschah, ist wohl dem System zuzuordnen: Die Schule wurde gebaut, das zweite Stockwerk fehlt bis heute.

Zahir Ahmed Djan, der Sprecher des Ältestenrats von Au Khomari, glaubt an „Betrug“: Bei der feierlichen Eröffnung der Schule seien auch die Japaner da gewesen, sagt Ahmed Djan, sie hätten viel gelächelt, doch waren sie offenbar ahnungslos, was genau sie in Auftrag gegeben und was sie tatsächlich bekommen hat-



Bau ruine einer Klinik in der Provinz Ghazni: Unmoralische Abzockmaschinerie



Planungsminister Bachardoust (2004)
Mehr Berater als Fliegen in der Stadt

ten. Keiner der Geldgeber hätte mit den Dorfbewohnern direkt gesprochen, lediglich mit der beteiligten Hilfsorganisation. „Und die haben dann abkassiert“, sagt Ahmed Djan, während er Tee nachschenkt und noch ein paar süße Mandeln offeriert.

Mit der Klinik erging es den Bewohnern von Au Khomari kaum besser: Vor zwei Jahren im Herbst war mit dem Neubau begonnen worden. Inzwischen wechselte die Baufirma und der Komplex musste teilweise wieder abgerissen werden, weil zu billige Materialien verwendet wurden. Derzeit ruhen die Arbeiten wieder.

Meist ist es gar nicht das fehlende Geld, das den Erfolg verhindert: Allein die Bundesrepublik Deutschland investiert jährlich 80 Millionen Euro für den Wiederaufbau in Afghanistan. Darin enthalten sind die Kosten für den Aufbau der Polizei, Projekte für die Reparatur von Straßen, sogenannte Beratungsleistungen und Projekte zur „Förderung der Rechtsstaatlichkeit“. Die Effekte seien natürlich nicht immer leicht zu messen, sagt die neue Leiterin des Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Kabul, Gisela Hayfa. Vielleicht habe man die „Wirkungsorientierung“, was das neue Lieblingswort sei bei der GTZ, bisher ein wenig zu sehr vernachlässigt.

Frau Hayfa ist erst seit ein paar Tagen in Afghanistan und dann doch sehr überrascht, als sie die „Wirkung“ von Projekten selbst überprüft: zum Beispiel bei einem Frauenprojekt in Kandahar. Über 850 000 Euro waren 2003 ausgegeben worden, um in der ehemaligen Taliban-Hochburg im Süden des Landes einigen hundert Frauen Arbeitsplätze und damit etwas Unabhängigkeit zu verschaffen. Auch ein Studentinnenwohnheim sollte gebaut werden.

Das Unternehmen war ein voller Erfolg, zunächst, bis es Ende 2003 abrupt endete. In Kandahar blieben eine Menge enttäuschter Frauen zurück. Das Studentinnenwohnheim hat der deutsche Botschafter Reinold Steck dann im vergangenen Dezember tatsächlich eingeweiht und an die Stadt übergeben. Nur lebe bis heute keine einzige Studentin darin, berichtet Rangina Hamidi, 28, eine US-Afghanin, die als eine von ganz wenigen Helfern auch tatsächlich in Kandahar ausharrt. Nun planen die Vereinten Nationen zu allem Überfluss noch ein zweites Studentinnenwohnheim, direkt neben dem deutschen, erzählt sie, obwohl es in der von frommen Männern geprägten Stadt überhaupt nur 20 weibliche Studierende gebe, und die seien auch noch sämtlich bei ihren Verwandten untergekommen.

Der Mann aus der US-Botschaft trinkt noch einen letzten Schluck Kaffee, er muss wieder zurück. Er gehört zu denen, die glauben, dass man das Blatt hier in Afghanistan noch wenden kann. Vielleicht brauche es andere Menschen, sagt er, die nicht nur in kurzer Zeit viel Geld verdienen und Erfolgswahlen für die Politik produzieren wollten, sondern notfalls persönlich in die letzten Winkel dieses Landes gingen.

Vielleicht auch Leute wie den eifrigen Ex-Minister Bachardoust. Der Jurist ist auf der Suche nach einer neuen Position. Sein Traumjob: die Leitung der Anti-Korruptionsbehörde.

SUSANNE KOELBL



Lohnschreiber in Kabul: Jeder muss überleben

ARABISCHE LIGA

Rückkehr der Plaudertaschen

Die Völker des Nahen Ostens bewegen sich – ihre Führer nicht.

Auf dem Gipfel von Algier führten sie sich auf, als habe der politische Frühling nie stattgefunden.

Seit neun Uhr früh tagt der Gipfel der Arabischen Liga, schon wenige Stunden später liegt bleierne Müdigkeit über dem Plenum. Libyens Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, die zwei starken Raucher unter den Araberführern, wippen ungeduldig mit den Beinen, Ägyptens Staatschef Husni Mubarak kämpft mit dem Schlaf. Taktvoll schaut das algerische Staatsfernsehen zur Seite.

Da tritt einer der geladenen Europäer ans Pult, ein hoher Beamter des portugiesischen Außenministeriums. Zwei Minuten lang spricht er über wirtschaftliche Zusammenarbeit und bemüht sich vergebens um Aufmerksamkeit. Doch dann versteigt er sich zu einer diplomatischen Floskel, die augenblicklich Heiterkeit in die träge Runde bringt: „Ich möchte Sie beglückwünschen für die Offenheit, mit der Sie hier die brennenden Konflikte der arabischen Welt ansprechen“, sagt der Portugiese und wird von Gelächter unterbrochen.

Vieles hat man Arabiens Autokraten schon nachgesagt – aber ausgerechnet „Offenheit“ im Umgang mit ihren Konflikten?

Selten in der 60-jährigen Geschichte der Arabischen Liga hat es so viel politische Bewegung gegeben wie in den Wochen vor dem Algier-Gipfel. Die Iraker haben ein Parlament gewählt, die Palästinenser einen neuen Präsidenten und Saudi-Arabien einen Teil seiner Gemeinderäte. Die Libanesen haben eine Regierung gestürzt und den Abzug der Syrer beschleunigt, Demokraten in Ägypten einen inhaftierten Oppositionspolitiker freibekommen, der bei der Präsidentschaftswahl im September gegen Mubarak antreten will.

Als Jordaniens König Abdullah II. auch noch vorschlug, in Algier die Normalisierung der Beziehungen zu Israel in Aussicht zu stellen, noch bevor sich Jerusalems Militärs aus den besetzten Gebieten zurückgezogen haben, keimte Hoffnung selbst bei Pessimisten. Diese Art von Vorschlag, so ein Berater des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon, künde „vom Anfang des Wandels in der arabischen Welt“.

Doch der demokratische Frühling 2005 hat vorerst wohl nur Arabiens Völker erfasst. Das politische Personal, das sich die-